

Sächsische Volkszeitung

erschint täglich nachm. mit Ausnahme der Sonn- und Festtage.
Abgabe A mit „Die Zeit in Wort und Bild“ vierteljährlich
2,10 M. In Dresden durch Boten 2,40 M. In ganz
Deutschland frei Haus 2,52 M.; in Oesterreich 4,43 K.
Abgabe B ohne Illustrirte Beilage vierteljährlich 1,90 M.
In Dresden durch Boten 2,10 M. In ganz Deutschland frei
Haus 2,22 M.; in Oesterreich 4,07 K. — Einzel-Nr. 10 P.

Unabhängiges Tageblatt für Wahrheit, Recht und Freiheit

Interesse werden die Spezialvereine oder deren Stamm mit
20 J. Ankamen mit 60 J. die Stelle besetzen, bei Wiederholungen
entsprechenden Rabatt.

Verleger: Dr. Richard Schönbach, Redaktion und Geschäftsstelle:
Dresden, Pillnitzer Straße 43. — Fernsprecher 1366
Für Rückgabe unbenutzt. Schriftliche keine Verbindlichkeit
Redaktions-Gründungs-: 11 bis 12 Uhr.

Des Räthels Lösung.

Dresden, den 22. Februar 1912.

Wenn Liberale und Sozialdemokraten künftig im Reichstage vertraulich verhandeln wollen, so ist es gut, daß sie einen Notar und Stenographen mitnehmen, falls sie es nicht vorziehen, die ganzen Verhandlungen im Plenum zu führen. Der Reichstag gewinnt dann viel Zeit und die zahlreichen Mißverständnisse können nicht mehr entstehen, wie es über die Präsidentenwahl der Fall war. Aus den letzten Reichstagsdebatten ist wenigstens ein Teil der Verhandlungen ans Tageslicht gekommen und zwar jener, an dem der Rechtsliberale Schiffer teilnahm, der einen unbestrittenen Erfolg im Reichstage erzielte und Bassermann vor dem ganzen Lande bloßstellte. Man weiß jetzt, daß Liberale und Sozialdemokraten sich gegenseitig nicht getraut haben und daß beide einander hereinlegten. Zuletzt aber lag Bebel unter dem Schlitten; denn sein Gedächtnis hatte ihm einen schlimmen Streich gespielt. Als mildern- den Umstand hatte er das eine für sich, daß es infolge des steten Schwankens der Liberalen etwas kunterbunt in den Verhandlungen zugegangen ist.

Wie verliefen denn diese? Zuerst haben die Herren Abgeordneten Bassermann und Dr. Jund, die als die Kata- dore des linken Flügels der Nationalliberalen gelten, bereitwilligst verzichtet auf Ausübung der höfischen Pflichten des Reichstagspräsidenten durch den sozialdemokratischen Vizepräsidenten und von vornherein sich mit Erfüllung staatsrechtlicher Pflichten begnügt. Auf die direkte an Herrn Bebel gerichtete Vorhaltung, daß diese beiden Herren das ausdrücklich ausgesprochen hätten, schwieg dieser sich völlig aus, und das Schweigen auf eine so schwere Beschuldigung gilt gemeinlich als Eingeständnis. Erst als der Abgeordnete Schiffer, der bei den ersten Verhandlungen aus Gründen, die nicht bekannt geworden sind, nicht zugegen war, auf dem Plane erschien, wurde die genügende Beant- wortung jener heißen Frage zu einer *conditio sine qua non* gemacht. Er ließ sich nicht damit abtriften, daß ja schon vorher die Angelegenheit „zu aller Zufriedenheit erledigt“ worden sei. Und so mußten die Roten Farbe bekennen, und Herr Bebel bekannte — rosa-viollett! Die entscheidende Frage ist: „Hat Bebel zugefagt, daß der sozialdemokratische Vizepräsident bei Behinderung des Präsidenten bereit sein werde, den Besuch bei Hofe zu machen und das Kaiserhoch auszubringen?“ Als das am Montag vom Abgeordneten Baasche behauptet worden war, hatte der Abgeordnete Bebel die Richtigkeit dieser Behauptung unbedingt bestritten und hinzugefagt, daß die Nationalliberalen sich vielmehr aus- drücklich begnügt hätten mit der Erklärung Bebel's, daß der Vizepräsident lediglich die staatsrechtlichen Pflichten auf sich nehmen werde. Darauf berief sich der Abgeordnete Baasche auf seinen augenblicklich nicht anwesenden Parteigenossen Schiffer. Schiffer und Jund, aber auch Gröber und Dr. Müller-Reinigen haben nun erklärt, daß Bebel sich so ausdrückte, wie es Baasche erzählt hat. So mußte Bebel schließlich klein beigeben und er schwieg, denn er sah sich der Schelmerei überführt.

Im Reichstage machte die scharfe Art, in die der Abgeordnete Schiffer seine Abtate an die Sozialdemokratie kleidete, großes Aufsehen. In der Wandelhalle und in manchen journalistischen Kreisen glaubte man prophezeien zu sollen, daß August Bebel die Brücke gezimmert habe, die von den Nationalliberalen zu den übrigen staatserkhaltenden Parteien hinüberführe. Diese Propheten vergaßen aber, wie die „Deutsche Tageszeitung“ schreibt, daß in der national- liberalen Fraktion demokratische Petroleure sitzen, an der Spitze der Abgeordnete Bassermann, die sich keinen Augen- blick besinnen würden, über Nacht die Brücke wieder in Asche zu legen. Es kommt jaft nur darauf an, wie die liber- alen Wähler sich im Lande verhalten. Der Sozialdemo- kratie ist dieser Vorfalle so unangenehm, daß der „Vorwärts“ nur schreibt:

„Als die Herren Schiffer und Jund von der national- liberalen Partei, Müller-Reinigen vom Fortschritt und Gröber vom Zentrum ins Feld rückten und dem Genossen Bebel, den auch der erbitterteste Gegner nicht einer Unwahr- haftigkeit zu zeihen wagt, ins Gesicht sagten, er täusche sich mit seiner gestrigen Darstellung der Verhandlungen über die Präsidentenfrage, und behaupteten, er habe höfische Ver- pflichtungen für den sozialdemokratischen Vizepräsidenten und sogar gegebenenfalls die Verpflichtung des Kaisershochs akzeptiert, da konnte man an einen wohl vorbereiteten Heberfall aus dem Hinterhalte glauben. In Wirklichkeit aber war es nur die heillose Angst der Nationalliberalen davor, von ihren reaktionären Freunden noch weiter wegen ihrer „unpatriotischen Haltung“ gestäubt zu werden, die sie diesen unnötigen Schritt provozieren ließ. Mit festen Be- hauptungen hofften sie auf jeden Fall eine Verdunkelung des Tatbestandes zu erzielen. Und wenn auch Herr Müller- Reinigen in dieselbe Kerbe schlug, so beweist das nur, wie sehr man diesen bürgerlichen Herrschaften gegenüber, in deren Sinn sich die einfachsten Vorgänge selbstam verzerren wiederzuspiegeln pflegen, selbst mit harmlosen Scherzen auf der Hut sein muß. Daß Schiffers Behauptung grundfalsch ist, dazu braucht man sich nicht erst auf Bebel's Wort zu be-

rufen, nicht auf die Beschlüsse der sozialdemokratischen Frak- tion und nicht auf die Traditionen der Partei, sondern es genügt, darauf hinzuweisen, daß ja wegen Zurückweisung aller höfischen Verpflichtungen das Zentrum sich ablehnend gegen den sozialdemokratischen Anspruch auf einen Prä- sidentenposten aussprach, und daß die Nationalliberalen gar nicht die Ueberrahme höfischer Verpflichtungen verlangten. Von allen Seiten wurde zugestanden, daß Bebel zum Schluß aller Verhandlungen erklärt hat, unser Vizepräsident werde nicht mit den anderen Präsidenten zu Hofe gehen.“

Da muß aber die Berlegenheit schon sehr groß sein. Die „Leipz. N. Nachr.“ ziehen aus dem Sachverhalte folgende Hoffnung:

„Aber wenn Bassermann über alle persönliche Rücksicht hinaus am Wohle seiner Partei gelegen ist, wenn er ihr die Stellung der Vergangenheit auch in Zukunft neu gewinnen und sichern will, dann wird er Herrn Schiffer zustimmen, die unglückselige Großblockade für immer begraben. Dann werden die Genossen wider Willen die Brücke zu der bitter notwendigen Verständigung zwischen den bürgerlichen Par- teien geschlagen haben, und wenn dann in der zweiten Präsidentenwahl die Symbolik der Zukunft geschaffen werden soll, dann wird Herr Bebel nicht mehr mit freudigem Staunen feststellen können, daß 175 Volksvertreter ihm die Krone des ersten Bürgers darreichten wollten, und Herr Scheidemann wird nach kurzem Glanze im Dunkel der Frak- tion verschwinden. Nicht die Sammlungswut des Herrn von Bethmann Hollweg hat dieses rasche Wunder getan, sondern Herrn Bebel's Schelmerei hat es bewirkt, daß der Inhalt dieser letzten Zeiten bald nur noch wie ein wüster Traum hinter uns liegen wird. Und das ist die Hauptlache. Einen Irrtum zu begehen, kann immer noch bereuerlich er- scheinen; im Irrtum zu beharren, ist das größte Uebel. Oder, wie noch etwas gröber Friedrich Rückert sagt: „Die bei dem Irrtum verharren, das sind die Narren.“

Republik, Sozialismus, Atheismus.

Fortnächlich bestreiten sozialdemokratische Agitatoren besonders in gläubig und monarchisch gesinnten Kreisen, daß jemals von einer maßgebenden Stelle der Partei Re- publik, Sozialismus und Atheismus als die drei im engsten Zusammenhange stehenden Hauptziele der Sozialdemokratie bezeichnet worden seien.

Demgegenüber schlage man einmal die Reichstags- akten nach — 26. Sitzung vom 31. März 1881 Seite 657 — und man findet dort die denkbar deutlichste Erklä- rung aus Bebel's eigenem Munde, und zwar sozusagen doppelt durch den Hinweis auf seine frühere Darlegung vom Jahre 1872, die er in der 45. Sitzung vom 17. Juni (1872 Reichstagsakten S. 1081) gegeben hatte. Bleiben wir beim Jahre 1881, so hören wir Bebel, der die wirk- lichen grundsätzlichen Bestrebungen gegenüber dem bloßen Gerede über die Sozialdemokratie scharf heraushebt, folgen- des sagen:

„Ich will noch eins anführen. Daß die Sozialdemo- kratie, wie gestern hier nachzuweisen versucht wurde, ihrem Wesen nach demokratisch, richtiger republikanisch, sozia- listisch, atheistisch ist, warum den Beweis dafür so weit her- holen? Der Herr Minister braucht bloß die Akten des Reichstages herzunehmen und dort meine Rede vom Jahre 1872, wo ich der einzige Vertreter meiner Partei in diesem Hause war, nachzuschlagen. Es handelte sich damals um den Erlaß des sogenannten Jesuitenausweisungsgesetzes. Ich habe damals gegen dieses Ausnahmegesetz gesprochen und selbstverständlich gestimmt, ich habe die Maßregel als in jeder Beziehung verwerflich auf der einen Seite, als nicht zu m Ziele führend auf der anderen Seite bekämpft, und ich habe gerade meinen abweichenden Stand- punkt damit begründet, daß ich sagte, ich bekämpfe dieses Gesetz, obgleich ich im übrigen den Herren vom Zentrum und speziell demjenigen Teile der Geistlichkeit, um den es sich in dem Gesetze handelt, in der feindseligsten Weise gegenüberstehe. Ich habe damals erklärt und damit meine Rede geschlossen: Wir erstreben auf politischem Gebiete die Republik, auf dem ökonomi- schen Gebiete den Sozialismus, und auf dem, was man heute das religiöse Gebiet nennt, den Atheismus. (Hört! hört! rechts.) Na, meine Herren, ist Ihnen denn das neu? Ich habe Ihnen vorhin gesagt, daß ich die Verantwortung für das, was uns wirklich trifft, voll und ganz übernehme, und Sie sehen, ich lehne sie nicht ab.“

Angesichts dieser authentischen Erklärungen weiß man jetzt, was man von den Versicherungen sozialdemokratischer Agitatoren zu halten hat.

Politische Rundschau.

Dresden, den 22. Februar 1912.

— Herzog Adolf Friedrich zu Mecklenburg wird im Sommer den Gouverneursposten in Logo übernehmen. Der bisherige Gouverneur von Logo ist für den durch Dr. Solts Ernennung zum Staatssekretär frei gewordenen Gouverneur- posten in Samoa in Aussicht genommen.

— Der Herzogregent Johann Albrecht von Braunschweig ist mit Gemahlin in Rostau eingetroffen.

— Schatzsekretär Vermuth soll nach Mitteilungen aus politischen Kreisen um seinen Abschied einkommen, da er mit seinen Absichten auf die Erbschaftsteuer nicht durch- gedrungen sei. Wir halten die Meldung mindestens für verfehlt, da sich der Bundesrat mit der Deckungsfrage noch gar nicht befaßt hat.

— Der Entwurf eines Reichstheatergesetzes befindet sich in Vorbereitung. Es wird sich nicht mit Gehaltsfragen und Theaterzinsen beschäftigen, sondern sich lediglich auf sozialpolitische Fragen beschränken, und zwar auf die Ge- biete, die auch sonst schon reichsgesetzlich zwischen Arbeit- gebern und Angestellten anderer Berufsstände geregelt sind. Dahin gehört die Dauer der Beschäftigung, die Gewährung ausreichender Ruhepausen usw.

— Gegen 80 Wahlen ist Protest erhoben worden.

— Graf Berchtold telegraphierte anlässlich seiner Ernennung zum Minister des Aeußeren an den deutschen Reichskanzler: „Durch die Gnade Seiner Majestät, meines aller- gnädigsten Herrn, auf den Posten des Ministers des Aeußer- und Königshauses berufen, gereicht es mir zu besonderem Vergnügen, in dieser Eigenschaft Eure Exzellenz zu begrüßen. Mein verehrtester, tiefbetrauerter Vorgänger erblühte in dem Dreißigunde die unverrückbare Grundlage seiner Politik. Er erwarb sich durch seine stets bewahrte Bundesstreue jenes hohe Maß von Vertrauen, das ihm seitens der verbündeten Mächte entgegengebracht worden ist. Indem ich nun das vom Grafen Aehrenthal hinterlassene reiche Erbe inniger und vertrauensvoller Beziehungen zur deutschen Regierung anrete, hoffe ich zuverlässlich, auf die bundes- freundliche und tatkräftige Unterstützung Eurer Exzellenz rechnen zu dürfen.“

— Das Direktorium der Privatbeamtenversicherungs- anstalt. Ein Nachtragsetat für das Direktorium der zu- Ausführung des Versicherungsgesetzes für Angestellte er- forderlichen Reichsanstalt wird, wie wir hören, dem Reichs- tage nach den Osterferien zugehen. Der Nachtragsetat for- dert die Mittel für die Befolgung der Beamten, Beschaffung der Arbeitsräume und anderes mehr. Borerst wird die neue Reichsanstalt in einem Mietshause untergebracht werden, die Errichtung eines eigenen Gebäudes ist für spätere Zeiten beabsichtigt. Nach dem Gesetze besteht das Direk- torium aus dem Präsidenten und einer Anzahl von beamteten Mitgliedern und aus je zwei Vertretern der versicherten Angestellten und ihrer Arbeitgeber. Als Präsident der neuen Reichsanstalt ist nach der „Tägl. Rundschau“ der Ministerialdirektor Koppar aus dem Reichsamte des Inneren in Aussicht genommen. Vorsitzender des Obergerichtsgerich- tes, der höchsten richterlichen Instanz für die versicherten Angestellten, soll Geheimrat Koch werden. Die vorbereitende Tätigkeit des Direktoriums wird darin bestehen, fest- zustellen, welche Angestellten eine ausreichende Lebensver- sicherung haben, die sie von der Zwangsversicherung be- freit, und ferner zu prüfen, ob den Gesuchen von Berufs- klassen und Hausklassen um Zulassung als Ertrag- klassen zu entsprechen ist. Dann hat das Direktorium sich darüber schlüssig zu werden, in welcher Weise für das Geis- verfahren zu sorgen ist, um ein frühzeitiges Eintreten des Berufsunfähigkeit und damit des Rentenbezuges zu ver- hindern. Das Gesetz soll am 1. Januar 1913 in Kraft treten.

— Ein hochbedeutsamer Antrag des Zentrums verdient es, aus der ganzen Mut von Initiativanträgen herausge- griffen zu werden; er lautet:

Der Reichskanzler wird ersucht, folgende Maßnahmen zu treffen, im Wege der Reichsgesetzgebung, durch ent- sprechende Maßnahmen der Landesregierungen: 1. Erleich- terung der Ansiedelung von Militärämtern auf dem Lande durch Ausgestaltung der Zivilverwaltung; 2. Erleich- terung bei der Gewährung reichlicherer Mittel durch die Landesversicherungsanstalten zum Bau von Wohnungen für die Landarbeiter; 3. Förderung des landwirtschaftlichen Arbeiterachweises; 4. Pflege des landwirtschaftlichen Unter- richtes im Heere; 5. Nichteinberufung der Reservisten und Landwehrmänner zu Saat- und Erntezeiten; 6. reichliche Beurlaubung der Soldaten zu Erntezeiten unter Bewäh- rung der Freifahrt für Erntearbeiter; 7. Vermittlung von landwirtschaftlichen Stellen für zur Entlassung gelangende Soldaten; 8. Einschränkung der öffentlichen Arbeiten zur Saat- und Erntezeit; 9. Ansiedelung von Landarbeitern und ländlichen Dienstboten mit staatlicher Beihilfe; 10. Aus- gedehnte Pflege der Heimatsliebe der ländlichen Jugend; 11. Errichtung von Arbeitskolonien für die landwärtende Bevölkerung.“

Die deutschen Landwirte werden daraus erkennen, wie sehr das Zentrum bemüht ist, an der brennendsten Frage mitzuarbeiten: nun sollten alle landwirtschaftlichen Organi- sationen an der Hand dieser Anträge die Frage erörtern und dem Reichstage das Material unterbreiten; so allein kommt man vorwärts.

Die Quertreibereien von gewisser katholischer Seite haben im Auslande während der Wahlzeit die Höhe nicht- würdiger Verleumdungen erreicht. So läßt sich der Pariser „Univers“ vom 14. Januar von der internationalen Tele- graphenagentur Roma über das Ergebnis der deutschen Reichstagswahlen u. a. folgendes melden:

„Wir haben eine sehr kompetente Persönlichkeit inter- viewt über den sozialistischen Sieg bei den in Deutschland